

„Die Rasenszene“, hören wir, „blickt aufmerksam nach Osnabrück.“ Dort bekam die Hochschule die bundesweit erste Professur für nachhaltiges

Rasenmanagement. Warum? In großen Fußball-Clubs werde Rasenmanagement immer wichtiger. Also ist Bremen außen vor: **21 Grad**

IN ALLER KÜRZE

Neues Volksbegehren für das Wahlrecht

Die Bürgerinitiative „Mehr Demokratie“ bereitet ein Volksbegehren zur Wahlrechtsreform vor. Sie reagiert damit auf Pläne von Rot-Grün, das Wahlrecht erneut zu ändern. „Mehr Demokratie“ fürchtet, dass die Listen der Parteien nach dieser Reform „kaum noch verändert werden können“. Nach ihrem Willen sollen künftig nur noch die Personenstimmen über die Zusammensetzung der Bürgerschaft, der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven und der Beiräte entscheiden. Für das aktuelle Wahlrecht hätten 2006 über 70.000 Menschen unterschrieben, so die Bürgerinitiative. Dieses Wahlrecht nun ohne Beteiligung der BürgerInnen „mit einem Handstreich zugunsten der Parteilisten zu ändern, ist inakzeptabel“, so Sprecherin Judith Schultz. Über 65 Prozent der vorderen Listenplätze würden auch mit dem neuen Vorschlag von „Mehr Demokratie“ in die Bürgerschaft einziehen, so die Bürgerinitiative. Damit das Volksbegehren zugelassen wird, müssen 5.000 Unterschriften gesammelt werden. (taz)

Gericht zu langsam: Häftlinge entlassen

Das Justizressort findet es „äußerst bedauerlich“, dass das Hanseatische Oberlandesgericht am Freitag wegen „Verfahrensverzögerungen“ beim Landgericht zwei Untersuchungsfangene entlassen musste. Für die Zukunft müsse sichergestellt sein, dass es bei der Bearbeitung von Haftsachen nicht

zu Verzögerungen kommt. In aller Regel muss in diesen Verfahren binnen sechs Monaten die Hauptverhandlung beginnen. Das Gericht hätte deshalb kurzfristig eine „Hilfsstrafkammer“ einrichten können, um die Frist zu wahren, sagt das Ressort – und leugnet eigene Verantwortung: Die Personalausstattung des Landgerichts hält das Ressort für „angemessen“ und „bedarfsgerecht“. (taz)

Motschmann erneut an Spitze der Frauen-Union

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Elisabeth Motschmann ist erneut zur Bremer Landesvorsitzenden der Frauen-Union (FU) gewählt worden. Es ist ihre dritte Amtszeit. Als Gastrednerin der Versammlung trat die FU-Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz unter anderem für eine Frauenquote in den Führungsetagen ein: Die Selbstverpflichtung der Wirtschaft habe hier nicht zu einer größeren Repräsentanz von Frauen geführt. Deshalb seien gesetzliche Regelungen nötig. (taz)

Werkchau Bremer Künstler

In der Überseestadt findet an diesem Wochenende zum achten Mal die größte jährliche Bremer Kunst-Ausstellung statt, die „Kap-Hoorn ART“. Dabei werden über 50 bildende Künstlerinnen vertreten sein. Die Werkchau steht diesmal unter dem Motto „planet eARTH – agenda 2030“ und ist am Samstag von 14 bis 19 Uhr am Sonntag von 11 bis 18 Uhr in der Kap-Horn-Straße 9 zu sehen. (taz)

ZIVILKLAUSEL Grauzonen des Dual Use? Rot-Grün macht es sich einfacher: Selbst eine unmittelbare Kooperation mit der Bundeswehr ist okay
Oliv ist keine Grauzone

VON HENNING BLEYL

Selbstverständlich dient die Bundeswehr dem Frieden. Die neue institutionelle Kooperation zwischen der Bremer Hochschule und der Bundeswehr verstößt daher keineswegs, folgt man der Expertise des Justizressorts, gegen die im Bremer Hochschulgesetz verankerte Zivilklausel.

Die nämlich fordert, dass die Bremer Hochschulen in Forschung, Lehre und Studium „ausschließlich friedliche Zwecke“ verfolgen. Dieser Hermetikismus zufolge passt es also geradezu wie die Faust aufs Auge, dass die Hochschule ab kommenden Oktober ein Viertel der Plätze im Internationalen Frauen-Studiengang Informatik (IFI) der Bundeswehr überlässt.

Ein entsprechender Vertrag mit dem Bundesamt für Personalwesen der Bundeswehr wurde bereits von der Hochschule abgeschlossen – die seit längerem Schwierigkeiten hat, genügend Bewerberinnen für ihren IFI-Studiengang zu finden. Aber verstößt sie damit – wenn schon nicht gegen den Wortlaut der offenbar der sehr interpretationsfähigen, erst vor zwei Monaten ins Bremer Hochschulgesetz aufgenommenen Zivilklausel – gegen ihre selbst beschlossenen Regeln?

Die Hochschule hat sich verpflichtet, sich nicht an „Projekten mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung“ zu beteiligen. Dass die Bundeswehr eine „militärische Zielsetzung“ hat, wird möglicherweise niemand ernsthaft bestreiten. Aber: „Militärisch“ sei ja nicht gleichbedeutend mit „unfriedlich“, stellt das Justizressort in einem weiteren argumentativen Zirkelschluss fest. So gesehen könne sich die Bundeswehr freilich sogar selbst eine Zivilklausel verpassen, ohne dass das ihren Ak-



Keine Hardware ohne Software: Drohne bei Rheinmetall Defence Electronics in Bremen Foto: Ingo Wagner, dpa

tionsradius im Mindesten einschränken würde.

Die Hochschule selbst begründet den Verstoß gegen den Wortlaut ihrer eigenen Regeln mit einem etwas pragmatischen Hinweis: Geschult würden ja keine Soldatinnen, sondern Zivilangestellte der Bundeswehr. Genauer: Anwärterinnen für den gehobenen technischen Verwaltungsdienst.

Während die Linkspartei nun vehement gegen den „eindeutigen Verstoß“ gegen das Hochschulgesetz protestiert, wie deren wissenschaftspolitische Sprecherin Miriam Strunge betont, steht die Mehrheit der Regierungskoalition hinter der Hochschule. Doch schon bei deren Nachwuchsorganisationen erodiert die Bereitschaft zur Dehnung der Zivilklausel: Der „klare Bruch“ des Hochschulgesetzes, warnen die Jusos, ermögliche es der Bundeswehr, „gezielter in klar militärischen Bereichen wie dem sogenannten ‚Cyber-War‘ zu kooperieren“.

Nun sucht zwar das Verteidigungsministerium in der Tat händeringend nach IT-Kräften, um entsprechende Truppen aufstellen zu können – dass es den Cyber-Krieg mit Verwaltungsdienst-Anwärterinnen führen will, ist dennoch nicht zu erwarten.

Neben dem Problem des Bruchs der hochschuleigenen Zivilklausel bleibt allerdings die Frage, ob der gerade geschlossene Vertrag ein Einfallstor für künftige weitere gemeinsame Kooperationen mit der Bundeswehr ist. Die wissenschaftspolitische Sprecherin der Grünen, Henrike Müller, fordert daher

die Einsetzung einer Ethik-Kommission, die den Fortgang der Zusammenarbeit im Auge behält. In der Sache selbst wurde sie von ihrer eigenen Fraktion überstimmt: „Politisch und persönlich“, sagte sie gestern der taz, halte sie den Kooperationsvertrag für falsch.

Für Arno Gottschalk, seitens der SPD für Hochschulen zuständig, beginnt das Problem erst bei der Frage des Curriculums: So lange die Bundeswehr keinen Einfluss auf den Lehrplan der Hochschule nehme, sieht er die Zivilklausel als nicht verletzt an. Im Gegenteil: Es sei positiv, wenn Bundeswehrangehörige im Rahmen einer zivilen Hochschulbildung auch mit ethischen und gesellschaftlichen Fragen in Kontakt kämen.

Der dafür zuständige Dozent hat allerdings schon seinen sofortigen Rückzug bekannt gegeben: Für ihn, sagt Ralf Streibl, käme es keinesfalls infrage, „Teil dieser strukturellen Kooperation zu sein“.

So gesehen könnte sich die Bundeswehr sogar selbst eine Zivilklausel verpassen, ohne sich damit einzuschränken

TERMINE Werben Sie in unserer Wochenvorschau! ☎ 0421-960 26 443

THEATER BREMEN ☎ 0421-3653333

Sa., 21. Mai	19.30	Maria Stuarda
	20.00	Nora oder Ein Puppenheim
So., 22. Mai	18.00	Hexenjagd
	18.30	Die Familie Schroffenstein
Do., 26. Mai	19.30	Oreste

Der gesamte Spielplan auf: www.theaterbremen.de

Sendesaal Bremen ☎ 0421-330 05767

Sa., 21. Mai	20.00	JSO HB-Nord: Wiener Klassik
Do., 26. Mai	20.00	David Helbrock Trio

Weitere Konzerte auf: www.sendesaal-bremen.de

sch wa nk hal le ☎ 0421-520 80 70

Theaterwerkstatt der Hochschule Bremen:		
Sa., 21. Mai	20.00	Die Wand
So., 22. Mai	20.00	Die Wand

Der gesamte Spielplan auf: www.schwankhalle.de

kulturbüro bremen nord ☎ 0421-65 48 48

Sa., 21. Mai	20.00	Kito: Sybille Bullatschek Kabarett
Di., 24. Mai	20.00	Bghs-Veg.: Gayle Tufts Kabarett
Sa., 28. Mai	20.00	Kito: Bill Mockridge Kabarett

Der gesamte Spielplan auf: www.kulturbuero-bremen-nord.de

Bremer Shakespeare Company ☎ 0421-500333

Sa., 21. Mai	19.30	Was ihr wollt
So., 22. Mai	19.30	Fluchtpunkte: Lesung
Mo., 23. Mai	19.30	Stückwerk Bremen/Falstaff
		Ich bin Ausländer und das ist auch gut
Do., 26. Mai	19.30	Macbeth
Fr., 27. Mai	19.30	Viel Lärm um nichts

Der gesamte Spielplan auf: www.shakespeare-company.de

KURZKRITIK: BENNO SCHIRRMAYER ÜBER NIEDERSACHSENS EX IM EUROPAPUNKT

McAllister ist wieder da

SEIT ZWEI JAHREN IST DER FRÜHERE MINISTERPRÄSIDENT NIEDERSACHSENS, DAVID MCALLISTER, EUROPAABGEORDNETER: BEIM BREMEN-GASTSPIEL PLAUDERT DER PRINCE CHARLES DER CDU ÜBERS BRITISCHE EU-REFERENDUM

Allzuviel hält der Europaabgeordnete David McAllister (CDU), der mal als Nachfolger von Angela Merkel gehandelt wurde, nicht vom Volk. Das macht er deutlich bei seinem Gastspiel im Europapunkt: Bei einem Referendum wie der britischen Abstimmung über den EU-Verbleib werde „über alles mögliche abgestimmt, aber nicht über die Sache selbst“, befindet er.

Auch aus den übrigen Äußerungen des 2013 abgewählten niedersächsischen Ministerpräsidenten – er füllte das Amt aus, nachdem Christian Wulff zu seinem glücklosen Intermezzo als Bundespräsident von Berlin aufgebrochen war – spricht eine gewisse Maß an WählerInnenverdrossenheit: Klar habe auch er bei Wahlkampfreden das negative Ökänchen- und Gurkenkrümmungsverordnungs-Image der EU bedient. Das mache man halt, wenn man im Süddolnburgischen das Bierzell zum Kochen bringen und seine Insassen als WählerInnen gewinnen wolle. So wie man in Bremen, wo man sich

urban fühlt, auf Kosten der dummen süddolnburger Provinzler Billiglacher generiert.

Man geht also rum, erzählt den Leuten Quark und wird dafür gewählt – ein solches Demokratieverständnis könnte man für zynisch halten. Wahrscheinlich ist es aber nur so dahergeplappert, wie alles, was am Donnerstagsabend aus dem Prince Charles der CDU anekdotensatt herausprudelt. Jens Eckhoff, der die Moderation übernommen haben soll, sitzt daneben und lächelt versonnen. „Vielen Dank für das Eingangsstatement“, sagt er nach einer Dreiviertelstunde.

Bis dahin hat McAllister ausführlich dargelegt, was in den Medien auch schon steht, aber mit mehr Kasperle-Charisma: Also wer abstimmen darf, dass Brexit-Befürworter Boris Johnson peinliche NS-Vergleiche zieht, dass die Briten sich nicht gern belehren lassen, dass Barack Obamas scharfe Attacke gegen die Ausstiegsdebatte zunächst genau dieser zu Oberwasser verholfen habe, aber er darauf hoffe, dass sie am Ende doch

noch den Verbleib befürworten nutze, dass zwar London und Schottland ganz sicher für den Verbleib votieren. Und, trittrullalala, dass er zu prophezeien wage, dass „in Gibraltar die Zustimmungswerte am höchsten sind“. Doch die Entscheidung falle nun mal in „Little England“. Dort wo man das Georgskreuz im Vorgarten hisst, und nicht mehr wie noch einst den Union Jack. Die Britishness sei der Englishness gewichen. „Das ist etwas ganz anderes.“ Er zieht dramatisch die Augenbrauen hoch.

Stimmt. Auch gibt es Unterschiede zwischen Causur und Schwadroner, die eher in den Ohren der ZuhörerInnen liegen. McAllister wirkt bemüht gutlaunig-zappelig: Manche Erwachsene müssen teuer koken, um so drauf zu sein. McAllister aber ist garantiert substanzfrei. Eine kontroverse Diskussion lässt sein Wortkatarakt nicht zu, was ein paar Leute zu stören scheint. Viele aber mögen's offenbar. Darauf, dass es die Mehrheit ist, möchte man nicht wetten.